



GESUNDHEITS- POLITISCHER KOMPASS

4. Quartal 2024

Rückblick
Wintersession
2024

Weitere
gesundheitspolitische
Themen

EIN SERVICE VON



MSD

INVENTING FOR LIFE

Gruss aus dem Parlament

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser

Wir freuen uns, Ihnen die neue Ausgabe des «Health Policy Compass» von MSD vorzustellen. Die Struktur des Dokumentes, das Sie bisher erhalten haben, wird beibehalten, die politischen Aspekte der Inhalte werden neu jedoch verstärkt. Auch anstelle dieser Einleitung werden Sie ab der nächsten Ausgabe ein exklusives Grusswort eines Politikers vorfinden. Um diesen politischen Newsletter direkt zu erhalten, können Sie sich jederzeit registrieren lassen: msdchpolicy@msd.com.

Aus Sicht der Gesundheitspolitik war das letzte Quartal 2024 besonders intensiv. Neben der wichtigen Abstimmung vom 24. November und der Annahme der EFAS-Vorlage zur einheitlichen Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen, wurde in der parlamentarischen Wintersession insbesondere das «2. Massnahmenpaket zur Dämpfung des Kostenanstiegs» behandelt. Angesichts der verbleibenden Differenzen, die bei diesem Projekt im aktuellen Quartal noch zu klären sind – wie auch den erwarteten neuen Projekten, wie die Revision des Bundesgesetzes über das elektronische Patientendossier – wird die Gesundheitspolitik im 2025 weiterhin spannend bleiben. Des Weiteren wird 2025 noch durch das Verhandlungspaket der Bilateralen III ergänzt, deren Erfolg für die Schweiz von entscheidender Bedeutung ist.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre der neuen Ausgabe des Gesundheitspolitischen Kompasses.

Fabrice Tedeschi
Ass. Director Policy & Gov. Relations MSD Schweiz

Sessionsrückblick

Die folgenden Geschäfte behandelten die eidgenössischen Räte während der Wintersession 2024.

22.062 Geschäft des Bundesrates GESUNDHEITSKOSTEN 

KVG. Änderung (Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 2)

Am 9. Dezember 2024 hat der Nationalrat (NR) das 2. Kostendämpfungspaket im Rahmen des Differenzbereinigungsverfahrens behandelt. Verschiedene wichtige Themen wurden diskutiert, Zusammenfassung der Entscheidungen des NR:

- Vertraulichkeit der Preismodelle: Annahme der Semi-Vertraulichkeit gemäss Vorschlag des Ständerates (105 zu 82 Stimmen bei 2 Enthaltungen).
- Prüfung der Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit (WZW): Ein Kompromiss für die differenzierte WZW-Prüfung wurde angenommen (115:73).
- Vorläufige Vergütung von Arzneimitteln: Ein Kompromissvorschlag bzw. die Minderheit Silberschmid wurde angenommen (105:82).
- Kostenfolgemodelle: Der Kompromissvorschlag der Kommission wurde gegen die Minderheit Aeschi für eine Verschiebung deutlich angenommen (148:40:1).

Status: Differenzbereinigungsverfahren

22.497 Parlamentarische Initiative Baptiste Hurni (SP) KRANKENVERSICHERER 

Schluss mit Werbung auf dem Rücken der Versicherten!

Diese parlamentarische Initiative fordert ein Werbeverbot (Spots, Plakate und Botschaften auf Grossbildschirmen) für Krankenversicherer in der Grundversicherung. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N) hat diese Initiative zur Ablehnung empfohlen: Sie ist der Auffassung, dass ein Verbot von Werbemassnahmen zwangsläufig dazu führen würde, dass neu entwickelte Versicherungsmodelle nicht mehr kommuniziert werden könnten, und dies würde Innovation, Angebotsvielfalt sowie den Wettbewerb behindern. Der Nationalrat hat diese parlamentarische Initiative definitiv abgelehnt (71:122:1).

Status: Keine Folge gegeben

22.4245 Motion Ruth Humbel (Mitte) MEDIKAMENTE 

Medikamentenverschwendung stoppen

Mit dieser Motion wird der Bundesrat beauftragt, über die Art und das Ausmass der Medikamentenverschwendung (Rückgabe von abgegebenen Medikamenten nach Kanal, Packungsart, Ablaufdatum, Kassenpflicht, etc.) einen Bericht zu erstellen sowie Massnahmen dagegen vorzuschlagen. Nach der Entscheidung des NR am 30. Mai 2024 hat der Ständerat diese Motion einstimmig angenommen und an den Bundesrat überwiesen.

Status: Angenommen



24.3397	Motion	SKG-NR
---------	--------	--------

Den Verwurf aufgrund von ungeeigneten Packungsgrössen oder Dosisstärken bei den Medikamentenpreisen berücksichtigen

Mit dieser Motion wird der Bundesrat beauftragt, die rechtlichen Grundlagen so anzupassen, dass bei der Beurteilung der Zweckmässigkeit und insbesondere der Wirtschaftlichkeit eines Medikamentes vollständig berücksichtigt wird, ob es durch ungeeignete Packungsgrössen, Dosisstärken oder Darreichungsformen zu einem Medikamentenverwurf kommt. Der Ständerat als Zweitrat hat die Motion ohne Gegenstimme angenommen und an den Bundesrat zur Umsetzung überwiesen.

Status: Angenommen

Weitere behandelte Geschäfte

23.466	Parlamentarische Initiative	Sophie Michaud Gigon (Grüne)
--------	-----------------------------	------------------------------



Die Krankenkassenprämien sind dringend einzufrieren

Status: Keine Folge gegeben

23.459	Parlamentarische Initiative	Céline Amaudruz (SVP)
--------	-----------------------------	-----------------------



Die Kaufkraft der Bevölkerung erhalten mit einem Krankenkassenprämien-Moratorium

Status: Keine Folge gegeben

24.3528	Postulat	FDP-Liberale Fraktion
---------	----------	-----------------------



Wert der Bilateralen Verträge für die Schweiz.

Status: Annahme

23.319	Standesinitiative	Kanton Genf
--------	-------------------	-------------



Für eine öffentliche Einheitskrankenkasse im Kanton Genf

Status: Keine Folge gegeben

24.055	Geschäft des Bundesrates
--------	--------------------------



KVAG. Änderung (Teilnahme der Kantone am Prämiengenehmigungsverfahren, Ausgleich von zu hohen Prämieneinnahmen)

Status: Ständerat: Beschluss gemäss Entwurf des Bundesrates. Gesamtabstimmung: Annahme

Eingereichte Vorstösse

24.3977	Motion	Céline Amaudruz (SVP)	↗
Brustkrebs. Leben nach einer Mastektomie			
24.4355	Motion	Patrick Hässig (GLP)	↗
Sachgerechte Abgeltung für Unternehmen, die pflegende Angehörige beschäftigen			
24.4356	Motion	Ursula Zybach (SP)	↗
Sachgerechte Abgeltung für Unternehmen, die pflegende Angehörige beschäftigen			
24.4346	Motion	Mauro Poggia (MCG)	↗
Notfallpauschale beibehalten zur Rettung des Netzes an ambulanten Angeboten für medizinische Notfällen			
24.4305	Motion	Thomas Bläsi (SVP)	↗
Wegfall der Notfallpauschale. Das Interesse der Patientinnen und Patienten wahren!			
24.4353	Motion	Patrick Hässig (GLP)	↗
Arbeitsrechtliche Grundsätze für angestellte pflegende Angehörige			
24.4352	Postulat	Patrick Hässig (GLP)	↗
Definition pflegende Angehörige			
24.4340	Motion	Thomas Stettler (SVP)	↗
Vollumfänglicher Abzug der Krankenversicherungsprämien von der direkten Bundessteuer			
24.4339	Motion	Bettina Balmer (FDP)	↗
Homemonitoring und Hospital@Home			
24.4292	Motion	Jacqueline de Quattro (FDP)	↗
Asylgesuchen, die nur aufgrund einer medizinischen Behandlung in der Schweiz eingereicht werden, ein Ende setzen			

Weitere gesundheitspolitische Entscheide im 4. Quartal

Im Folgenden erhalten Sie einen Überblick über aktuelle gesundheitspolitische Entscheide und Meldungen von relevanten Akteuren im Gesundheitswesen.

DIGITALISIERUNG

Swiss Public Health Conference 2024: «Die Schweiz impft im Blindflug»

An einem Workshop anlässlich der Swiss Public Health Conference (SPHC) 2023 wurden von Gesundheitsfachleuten die Bedürfnisse und Herausforderungen bezüglich der Verfügbarkeit von Impfdaten in der Schweiz diskutiert. Die Problematiken und möglichen Lösungsansätze wurden an der SPHC 2024 nun erstmals von Prof. Dr. Sang-Il Kim aus der Berner Fachhochschule vorgestellt und im Fachjournal *Leading-Opinions: Gynäkologie und Geburtshilfe* (November 4/2024) publiziert.



DIGITALISIERUNG

Digisanté: Bund startet mit E-Health-Programm

Im November 2023 hat der Bundesrat die Digisanté-Botschaft dem Parlament überwiesen. Im Frühling 2024 hat dieses einen Verpflichtungskredit von 391.7 Millionen Franken für 2025 – 2034 angenommen. Das Programm Digisanté zur digitalen Transformation im Gesundheitswesen wird gestartet somit per Anfang 2025.



Bundesamt
für Gesundheit
BAG

EUROPA

Bilateralen III: Abschluss der Verhandlungen mit der EU

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 20. Dezember 2024 mit Befriedigung Kenntnis genommen vom materiellen Abschluss der Verhandlungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) zu den Bilateralen III: Die im Verhandlungsmandat festgesetzten Ziele wurden erreicht. Dazu gehören (Auszug):

- Die institutionellen Fragen werden direkt in die einzelnen Binnenmarktverträgen integriert.
- Die Regeln über die staatlichen Beihilfen gelten nur für drei spezifische Bereiche: Luftverkehr, Landverkehr und Strom.
- Die Zuwanderung wird weiterhin auf die Bedürfnisse der Wirtschaft, Begrenzung der Auswirkungen auf die Sozialsysteme ausgerichtet.
- Die Lohn- und Arbeitsbedingungen für entsandte Arbeitnehmende unter dauerhaftem Erhalt des derzeitigen Schutzniveaus sind weiterhin gewährleistet.
- Ausnahmen zum Schutz der wesentlichen Interessen der Schweiz in den Bereichen Landverkehr, Landwirtschaft und Strom wurden erzielt.

Der Bundesrat hat die betroffenen Departemente beauftragt, die für einen formellen Abschluss der Verhandlungen notwendigen Schritte vorzubereiten. Der Vernehmlassungsprozess über den Botschaftsentwurf sollte in Sommer 2025 stattfinden, bevor der Entwurf voraussichtlich Anfang 2026 dem Parlament unterbreitet wird.



Bundesrat

GESUNDHEITSKOSTEN

EFAS-Vorlage: Annahme der Gesundheitsreform durch Volk

Am 24. November 2024 hat haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die der Reform Gesundheitsreform zur einheitlichen Finanzierung der Leistungen mit 53.3 % zugestimmt. Die einheitliche Finanzierung der ambulanten und stationären Leistungen korrigiert Fehlanreize und soll Anreize für kostengünstigere ambulante Behandlungen schaffen. Ab 2028 sollen ambulante und stationäre Leistungen einheitlich finanziert werden, ab 2032 auch die Pflegeleistungen.



Bundesrat

INNOVATION

Volksinitiative «Ja zur tierversuchsfreien Zukunft»: Einreichung der Unterschriftenlisten

Die eidgenössische Volksinitiative gegen Tierversuche ist zustande gekommen: Sie wurde von den Initianten am 11. November 2024 eingereicht. Die Initiative fordert, dass Tierversuche sowie das Züchten und der Handel von Tieren für solche Versuche mit einer Änderung der Bundesverfassung verboten werden.



Bundeskanzlei

FACHKRÄFTEMANGEL

Aufhebung Kontingente für Kroatien und unveränderte Drittstaatenkontingente für 2025

Am 27. November hat der Bundesrat Entscheide zu den Kontingenten beschlossen. Ab dem 1. Januar 2025 gilt für kroatische Staatsangehörige, die zum Zweck der Erwerbstätigkeit in die Schweiz einreisen, ab dem 1. Januar 2025 wieder die volle Personenfreizügigkeit. Zweitens hat der Bundesrat unveränderte Drittstaatenkontingente für 2025 festgelegt. Zudem wird das Sonderkontingent für Erwerbstätige aus dem Vereinigten Königreich weitergeführt; mittelfristig soll dieses ins ordentliche Kontingent integriert werden.



Bundesrat

